

# Laibacher Zeitung.

Nr. 291.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 18. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. December.

In der Frage der Conferenz — und diese ist ja eben in Frage — hängt viel von der Haltung des italienischen Parlaments ab. Sie ist noch nicht ganz zu durchschauen. Es hat noch keine feste Parteigruppierung stattgefunden. Indessen glaubt der Florentiner Correspondent des Pariser „Moniteur“ aus der Wahl Lanza's, des Candidaten der Rechten, zum Kammerpräsidenten, folgern zu können, daß im Grunde doch die Ideen der Ordnung und Mäßigung in der Kammer überwiegen sind. Leider bethätigte sich diese Ueberlegenheit der gemäßigten Partei nur dann mit einiger Sicherheit, wenn es sich um irgend eine Lebensfrage, um irgend ein entscheidendes Interesse handelt. Gewöhnlich schwankte die Mehrheit je nach den Fragen, oder, besser gesagt, je nach den örtlichen Rücksichten, welche sich an dieselben knüpfen, und man könne behaupten, daß der charakteristische Zug der gegenwärtigen Kammer bisher gerade jener Mangel an einer Mehrheit war, welcher nur allzu sehr den Schwankungen des politischen Urtheils und der übermäßigen Zerbröckelung der Parteien entspricht. Drei ziemlich sichtlich geschiedene Parteien enthielten sich bei der Präsidentenwahl im Reine: eine etwa aus der Hälfte der Mitglieder bestehende Rechte; eine Linke und eine Mittelpartei, welche die andere Hälfte bilden. Von den 45 oder höchstens 50 Stimmen, über welche diese Mittelpartei verfügt, hängt es ab, nach welcher Seite die Entscheidung fällt. Um die parlamentarische Grundlage in Italien zu befestigen und der gegenwärtigen Kammer eine fruchtbare und dauernde Lebensfähigkeit zu sichern, müßten diese etlichen Stimmen sich definitiv mit der gemäßigten Partei verschmelzen, welcher sie in Wahrheit angehören, aber leicht abwendig werden, so oft sie ohne Gefahr sich gegen die Disciplin vergehen zu können glauben. Um zu beurtheilen, ob das gegenwärtige Ministerium ernstliche Ansichten hat, dieses Ziel zu erreichen, muß man die bevorstehenden Verhandlungen abwarten. Wie man meldet, hat das Ministerium die Absicht, einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die bewaffneten Zusammenkünfte auf dem Gebiete des Landes untersagen soll, und dies wird gewiß für die parlamentarischen Elemente eine günstige Gelegenheit bieten, sich nach ihren wirklichen Verwandtschaften zu gruppieren.

Der befremdenden Nachricht des „Abendmoniteurs“, daß die Regierung trotz der so offenen und kategorischen Erklärungen des Herrn Rouher an der Conferenz festhalte, stellt das „Journal des Debats“ den Mangel eines Programms entgegen, welcher die Regierungen von Preußen, Rußland und England von der Theilnahme an der Conferenz abhalte. Diesem Mangel scheint nun an der Conferenz abgeholfen zu werden. Der „Etendard“ meldet: Vertreter Rußlands, Englands, Preußens und Oesterreichs treten demnächst bei Moustier zusammen zu einer engeren Conferenz zur Feststellung der Grundlage der künftigen allgemeinen Versammlungen.

Die päpstliche Regierung geht nunmehr daran, die Ruhe im Innern durch Maßregeln der Strenge herzustellen. Der neueste Erlaß des päpstlichen Ministers des Innern, Monsignore de Witten bestimmt, daß die auf päpstlichem Gebiete liegenden Güter derjenigen, welche an dem Aufstande theilgenommen und auf päpstlichem Gebiete Schaden verübt haben, vorläufig sequestrirt werden sollen. Wie man der „Corr. Hav.“ von dort schreibt, ist diese Maßregel bereits gegen Bosio Cesarini, den zweiten Sohn der Herzogin gleichen Namens, in Vollzug gesetzt worden. Derselbe soll als Führer einer kleinen Bande, Bona, zahlbar nach der Einnahme von Rom, im Betrage von 100.000 Francs ausgegeben haben. Seine Güter bleiben so lange sequestrirt, bis die Bona wieder ausgelöst sind.

Florenz gegenüber schlagen die clericalen Blätter einen sehr schroffen Ton an. Die „Osservatore Romano“ sagt: „Wir erklärten schon, daß Menabrea als Diplomat ein Mann von ganz besonderer Beschränktheit ist. Seine Rede bestätigt unser Urtheil und erregt in uns ein Gefühl des Bedauerns.“ Es scheint also, daß die römische Curie nicht sehr geneigt ist, sich den Ansprüchen Italiens zu fügen, und die Conferenz dürfte daher dem „non possumus“ gegenüber eine Sisyphusarbeit haben.

## 64. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 14. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe. Präsident Dr. Siskra eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Das Haus geht sofort nach Erledigung der Einkünfte zur Tagesordnung, der Berathung über die Resolution, über.

Die Majorität des Ausschusses beantragt, das hohe Haus wolle beschließen: die Regierung werde aufgefordert, zum Zwecke der nothwendig werdenden finanziellen Regelung dem Reichsrathe baldmöglichst die geeigneten Gesetzesvorlagen zu machen.

Dr. Berger spricht sich gegen die gestern von Berger eingebrachte Resolution aus, da eine Beschlusfassung über dieselbe überflüssig ist. Für jeden Rechtsverständigen unterliegt es keinem Zweifel, daß das Rechtsverhältniß zwischen Gläubiger und Schuldner nur durch den Inhalt des betreffenden Vertrages begründet ist. Transactionen zwischen Schuldner können die Rechte des Gläubigers nicht ändern, aber auch nicht die Verbindlichkeit der Schuldner. Der Vertrag mit Ungarn habe gar nicht den Zweck, die Rechte der Gläubiger zu ändern, sondern er hat nur den Zweck, für Ungarn die Pflicht einer bestimmten Beitragsleistung zu begründen.

Der Zweck des Vertrags mit Ungarn ist nicht, für die diesseitigen Länder irgend welche Rechtsverbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern zu begründen. Dieser Ansicht hat sich der Finanzminister und der Berichtserstatter angeschlossen. Der erste Theil der Berger'schen Resolution ist daher absolut überflüssig.

Auch der zweite Theil ist überflüssig. Denn heute haben wir nicht für die Bedeckung der Staatsschuldenzinsen zu sorgen, erst wenn das Budget vorliegen wird, hat das Haus seine Verbindlichkeiten den Staatsgläubigern gegenüber zu erfüllen. Um aber den guten Tendenzen, die der Antragsteller inne gehabt haben mag, gerecht zu werden, will ich nicht den Antrag unbedingt abgelehnt wissen, und deshalb beantrage ich folgende motivirte Tagesordnung:

In Erwägung, daß der über die Beitragsleistung Ungarns zu der allgemeinen Staatsschuld abzuschließende Vertrag seiner Natur nach nicht bestimmt ist, für die im Reichsrathe vertretenen Länder die Uebernahme einer früher nicht bestandenen Rechtsverbindlichkeit gegenüber den Staatsgläubigern zu begründen, daß aber eben deshalb für das Abgeordnetenhaus keine Nothwendigkeit vorliegt, diesen von keiner Seite bestrittenen Satz im Wege einer Resolution auszusprechen, geht das Haus über die beantragte Resolution zur Tagesordnung über.

Das ganze Haus, mit Ausnahme einiger Mitglieder des Centrums, unterstützt diesen Antrag.

Berger meint, daß der Grundgedanke in seinem Antrage, wie in der von Berger beantragten Tagesordnung derselbe sei, der nämlich, daß der Reichsrath keine Verbindlichkeit den Staatsgläubigern gegenüber übernehmen. Ich habe meine Rechtsverwahrung klar ausgesprochen. Dr. Berger findet einen solchen klaren Ausspruch nicht für nothwendig, da der von mir aufgestellte Grundatz von keiner Seite bestritten wird. Er überläßt es dem Hause zu erwägen, ob es nöthig, sich klar und bestimmt auszusprechen, oder ob es genügend sei, sich dem Antrage des Dr. Berger anzuschließen.

Wolfrum schließt sich dem Antrage Berger's an. Die Debatte wird geschlossen.

Stene vertheidigt die Resolution der Minorität.

Wir können uns doch nur schwer entschließen, unseren Wählern als Weihnachtsgabe mitzubringen: Unser Lohn für meine Mühe, für meine Treue wird man mich jetzt um ein Viertel mehr besteuern, man wird auch meine Capitalien entlocken und später wird man doch nicht zahlen können. — Wir wissen es ja wie es geht, zuerst sagt man, man wolle das gar nicht, was die Opposition vorwirft, dann stellt man sich entrüstet und zuletzt — wir haben das ja miterlebt, geht das Mägdlein doch in die Laube. (Heiterkeit.) — Die Minorität besteht aus Männern, die lieber die Regierung in der jetzigen Lage unterstützen möchten, statt sie zu bekämpfen. Aber jede Unterstützung hat ihre Grenzen. Die Minorität glaubt, daß die Folgen zu ernst sein werden, als daß man die Regierung noch weiter unterstützen sollte. Stene hält sich durch die Resolution Berger's nicht befriedigt und empfiehlt den Antrag der Minorität. Prestel (sehr erregt): Man täuscht die Wähler, wenn man ihnen sagt, der Ausgleich ist an unserem

finanziellen Ruin schuld, das ist nicht wahr. (Beifall.) Und wenn hier sogar gesagt wird, man wolle dem Volke nur seine Capitalien entlocken, so muß man doch jenen Herren zurufen, daß damals, als sie Millionen für's Militärbudget gutmüthig bewilligten, auch dem Volke Capitalien entlockt wurden. (Großer Beifall.) Durch den Ausgleich kommen wir zur Verfassung, dem Ausgleich haben wir unsere Freiheit zu verdanken (lebhafter Beifall), und dafür sind denn doch ein paar Millionen nicht zu viel. Und wenn Herr Stene sagt, das Concordat steht doch noch aufrecht, so sage ich, wenn die Verfassung sanctionirt wird, steht das Concordat nicht mehr aufrecht, es ist durch die Verfassung in seinen wesentlichsten Grundlagen erschüttert. (Beifall.) — Prestel schließt sich der motivirten Tagesordnung an.

Beust sagt mit Bezug auf eine Bemerkung Stene's über das Briefgeheimniß, daß er schon früher präcis erklärt habe, es werde keine Verletzung des Briefgeheimnisses gebuldet. Habe Herr Stene Beweise, dann sei er es dem Hause schuldig, Aufklärungen zu geben. Die Regierung werde sehr dankbar sein — sie hat dies schon im Ausschusse erklärt — wenn man ihr irgend ein Vorkommniß in dieser Richtung mittheilt. Aber so lange kein Gegenbeweis vorliegt, darf die Regierung erwarten, daß man ihren Worten glaubt.

Das Haus schreitet zur Abstimmung.

Berger's motivirte Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen, dagegen ein Theil des Centrums: Stene, Berger, Steffens, Szabel, Hanisch u.

Hierauf kommt Stene's Resolution zur Abstimmung. Es erfolgt die namentliche Abstimmung.

Mit Ja stimmen Bachofen, Barbo, Bees, Berne, Dubsky, Dürheim, Eichhoff, Geisau, Giovanelli, Greuter, Hanisch, Herbert, Jäger, Kinsky, Korb, Kübel, Lipold, Poudon, Mandelblüh, Borgstaller, Proskowetz, Ryger, Stene, Steffens, Szabel, Tom an, Tomanel, Tschabuschnigg, Victorin, Wittmann und Wisler.

Es haben 31 Abgeordnete für und 123 gegen das Minoritätsvotum gestimmt.

Weiterer Gegenstand der Verhandlung ist das Gesetz, wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Vereinbarung eines Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ermächtigt wird.

Der Titel und die Einleitung des Gesetzes werden verlesen.

Abg. Winterstein empfiehlt dem Hause in längerer Rede, dem vom Ausschusse vorgelegten Gesetze seine Zustimmung zu ertheilen. (Beifall.)

Abg. Wolfrum erklärt, er werde für den Vertrag, wie er vorgelegt wurde, im Ganzen stimmen.

Gleichzeitig erkläre er, daß er für die vom Ausschusse vorgeschlagene Bestimmung, nach welcher schon binnen drei Jahren eine Revision dieses Vertrages gestattet sein soll, nur in zweiter Reihe stimmen und zunächst sich für die Regierungsvorlage aussprechen werde, daß dieser Handelsvertrag bedingungslos zehn Jahre zu dauern habe, und dies aus dem Grunde, weil dieser Vertrag für uns eben gar nichts Neues ist. Den Vorschlag der Minorität, schon binnen der ersten fünf Jahre eine Revision zu beantragen, würde er einem Staate gegenüber angezeigt halten, dessen Verhältnisse unbekannt sind, in einem Handelsvertrag mit einer Reichshälfte aber, mit welcher wir seit 18 Jahren verbunden sind, glaube er dies nicht nöthig zu haben.

Leiter des Finanzministeriums, Minister Freiherr von Becke erörtert den Standpunkt der Regierung.

Bei der speciellen Behandlung des Gesetzes werden sodann die Artikel i bis x vollständig conform mit der Regierungsvorlage angenommen.

Art. XI. lautet: Das Salz- und Tabakmonopol und diejenigen indirecten Abgaben, welche auf die volkswirtschaftliche Production von unmittelbarem Einflusse sind, namentlich die Branntwein-, Bier- und Zuckersteuer, werden in beiden Ländergebieten während der Dauer dieses Vertrages nach gleichartigen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften gehandhabt.

Die zu diesem Zwecke von den beiden Finanzministern bereits vereinbarten Gesetzentwürfe werden noch in der gegenwärtigen Session zur verfassungsmäßigen Behandlung den beiderseitigen Vertretungskörpern vorgelegt, und können selbstverständlich die so vereinbarten Gesetze auch nur wieder im gemeinsamen Einverständnisse im gesetzlichen Wege abgeändert werden.

Zur Wahrung der Uebereinstimmung in der Handhabung der gleichartigen Vorschriften steht jedem der beiden Finanzminister das Recht zu, von dem Geschäfts-



gange bei den leitenden und einhebenden Behörden des anderen Theiles Einsicht zu nehmen. Die zu diesem Zwecke bestimmten Organe sind von dem Finanzminister des anderen Theiles mit der nothwendigen Beglaubigung zu versehen.

Berichterstatter Dr. Prestel macht darauf aufmerksam, daß Alinea 3 dieses Artikels eine wesentliche, an der Regierungsvorlage vorgenommene Aenderung enthalte, indem man nach dem Passus „es steht jedem der beiden Finanzminister das Recht zu“, die Worte „von Zeit zu Zeit“ ausgelassen habe.

Das ungarische Ministerium habe gegen die Weglassung dieser Worte Anstand erhoben, weil sonst aus der Fassung hervorgehen könnte, daß man die Anstellung stabiler Controlbehörden beabsichtige.

Abgeordneter Freiherr v. Petrino bezeichnet die Interpretation, welche der Ausschuss der in dem Alinea 3 vorgenommenen Aenderung gegeben hat, als eine sehr gezwungene und stellt den Antrag, daß der Passus „von Zeit zu Zeit“ in Alinea 3 eingeschaltet werde.

Reichskanzler Ministerpräsident Freiherr v. Beust unterstützt den Antrag. Nach dem, was wir eben vernommen haben, legt man in Ungarn auf die Beibehaltung dieser Worte besonderen Werth, und ich würde es begreifen, daß man hierseits am Gegentheile festhielte, wenn man die Ansicht bekämpfte, die man eben dort aufgestellt hat, daß eine ständige Controle nicht in Aussicht zu nehmen sei; von dem Augenblicke an aber, wo dies hierseits nicht der Fall ist, und man bei der ganzen Sache ebenfalls nicht an eine fortlaufend und stabil auszuübende Controle denkt, scheint es mir im hohen Grade wünschenswerth, daß man über die Aenderung sich verständigt, da doch anderseits entschieden Werth auf eine Sache gelegt wird, die man hier in derselben Weise festzuhalten gar nicht die Absicht hat. Mir scheint auch vollkommen begründet, was der Herr Vorredner sagte, daß nämlich der Ausdruck „von Zeit zu Zeit“ keine Beschränkung für die Ausübung des Rechtes begründen könne; das scheint mir sprachlich durchaus nicht angezeigt und sachlich wird gewiß nach Bedürfnis verfahren werden. Mir scheint beinahe, daß die Aufnahme dieser Bestimmung sogar eine sehr zweckmäßige Aufforderung ist, die Controle so zu üben, daß sie eben von Zeit zu Zeit geschehe, also in einer gewissen fortlaufenden Praxis und nicht bloß in langen Terminen.

Die Hauptsache aber, auf die es auch der Regierung ankommt, ist, daß man die Verständigung möglichst erleichtere und sie in diesem Punkte nicht erschwere, da hierseits, wie ich glaube, ein geringerer Werth auf dasjenige gelegt wird, was anderseits gewünscht wird.

Nach längerer Debatte, an der sich Freiherr von Korb-Weidenheim, Wolfrum, Finanzminister Freiherr v. Becke, Baron Petrino und der Berichterstatter Dr. Prestel theilnahmen, wurden Alinea 2 und 3 nach dem Ausschussantrage, letzteres mit dem vom Abgeordneten Baron Petrino beantragten Zusatz „von Zeit zu Zeit“ angenommen.

Die Artikel 12 bis 21 werden ohne besondere Debatte angenommen.

Artikel XXII. lautet: „Dieses Zoll- und Handelsbündniß tritt mit dem Tage der a. h. Sanction auf die Dauer von 10 Jahren in Wirksamkeit und wird — wenn keine Kündigung eintritt — auf weitere 10 Jahre als fortbestehend anerkannt. Die Kündigung kann jedesmal zu Ende des neunten Jahres stattfinden, und haben in diesem Falle die Verhandlungen über die Vertragsrenewierung auf gleichem Wege ohne Verzug zu beginnen.“

„Es steht jedoch nach Verlauf der ersten 3 Jahre der Vertragsdauer jedem Theile, welcher seine Interessen durch einzelne Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages verletzt erachtet, frei, Unterhandlungen zum Behufe der Abänderung dieser Bestimmungen zu beantragen, welche Unterhandlungen der andere Theil nicht ablehnen kann. Sollte auf diesem Wege binnen sechs Monaten eine Einigung nicht erzielt werden, so steht jedem der beiden Theile eine mindestens einjährige Kündigung frei. In diesem Falle haben die Verhandlungen über die Vertragsrenewierung ohne Verzug zu beginnen.“

„Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages nicht sofort in Ausführung gebracht werden können, so werden sich die beiderseitigen verantwortlichen Ministerien über die erforderlichen Uebergangsmaßregeln verständigen.“

Abg. Winterstein: Man könne nicht der landwirthschaftlichen Production allein das Recht zuerkennen, daß sie ihre Interessen vor allen anderen im ausgedehntesten Maße wahre, auch anderen Industriezweigen müsse man das Recht vindiciren, zu verlangen, daß jene Vorsichten, die erreicht werden können, auch wirklich angestrebt werden. Bei jedem Zoll- und Handelsbündniß ist es nöthig, einen den Verhältnissen entsprechenden Zeitraum zu bestimmen, innerhalb dessen Aenderungen nicht eintreten können. Die gesamte Industrie hat immer auf ein gewisses Abgabegebiet und mit den in demselben vorherrschenden Bedürfnissen, mit dem daselbst bestehenden Geschmack zu rechnen. Zoll- und Handelsverträge auf eine zu kurze Dauer zu schließen, ist nicht zulässig, da sonst die Industrie nicht mit Sicherheit auf einen gewissen Zeitraum rechnen könnte, innerhalb dessen die ursprünglichen Grundsätze beibehalten werden. Deshalb habe die Minorität den Ablauf von fünf Jahren als denjenigen Zeitpunkt bezeichnet, nach welchem weitere

Verhandlungen über die Abänderung des vorliegenden Vertrages eintreten können. Der Zeitraum von drei Jahren schien ihr ein zu kurzer zu sein, und ich glaube, man kann dem Minoritätsvotum mit aller Beruhigung beitreten, weil dadurch den Ansprüchen der anderen Reichshälfte nicht nahe getreten wird und weil dieser Zeitraum den Verkehrsverhältnissen genügt und doch anderseits die Möglichkeit offen läßt, vorhandene Uebelstände nach einer bestimmten Zeit zu beseitigen.

Der Antrag Winterstein lautet:

„Es steht jedoch nach Verlauf der ersten fünf Jahre der Vertragsdauer jedem der beiden Theile frei, Unterhandlungen zum Behufe von Abänderungen des gegenwärtigen Vertrages zu beantragen. Sollte auf diesem Wege binnen sechs Monaten eine Einigung nicht erzielt werden, so steht jedem der beiden Theile eine einjährige Kündigung frei. In diesem Falle haben die Verhandlungen über die Vertragsrenewierung ohne Verzug zu beginnen.“

Abg. Edler v. Plener spricht sich insbesondere gegen die vom ungarischen Ministerium bei diesem Artikel gewünschte Aenderung aus. Er empfiehlt jedenfalls die Ablehnung der ungarischen Insinuation. (Bravo! Bravo!)

Abg. Wolfrum: Ich bin wohl gleicher Meinung mit dem Abgeordneten Plener, daß der ungarische Vorschlag so viel bedeute, als: wir wollen den Handelsvertrag auf zehn Jahre haben, in der Hauptsache jedoch kann ich dem Vorredner nicht zustimmen. Redner führt aus, daß jeder Industriezweig eines längeren Zeitraumes bedarf, um mit Sicherheit auf ein bestimmtes Abgabegebiet rechnen zu können. Es wäre daher in der That nicht gegen das Interesse der diesseitigen Länder, wenn wir die ungarische Proposition annehmen, denn bestimmt man, daß nach drei oder fünf Jahren eine Verhandlung zum Zwecke einer Aenderung eingeleitet werden kann, so wird sich die Speculation schon nicht mehr so ungehindert bewegen, als wenn man ihr unbedingt zehn Jahre in Aussicht stellt, innerhalb deren keine Aenderung eintreten könne. Die Dauer von zehn Jahren ist eine für die Industrie absolut nothwendige, er ist daher für die Weglassung des zweiten Alineas und bittet, um seine Anschauung zum Ausdruck bringen zu können, um gesonderte Abstimmung.

Abg. Herbst replicirt auf die Ausführungen des Vorredners. Daß ich, bemerkt derselbe, das Zoll- und Handelsbündniß für höchst erwünscht halte, daß nur die Errichtung einer Zwischenzolllinie als eine außerordentliche Calamität erscheinen würde, habe ich bereits in der Generaldebatte vollständig ausgeführt.

Der Anschauung des Vorredners, daß durch den gegenwärtigen Vertrag nur der bisherige Zustand, wie er vom Jahre 1850 bis jetzt bestand, aufrecht erhalten würde, und daß der Ausschuss bei Stellung seiner Anträge nur die Bodenindustrie im Auge gehabt habe, kann ich durchaus nicht beipflichten.

Ich habe selbst im Ausschusse die Ansicht vertreten, daß nicht im Art 11 das Novum und das Bedenkliche des vorliegenden Gesetzes enthalten sei. Das Novum liegt darin, daß in Zukunft die Gesetzgebung der diesseitigen Länder bei den wichtigsten Beziehungen des wirthschaftlichen Lebens nicht mehr selbständig vorkommen kann. (Rufe: Sehr richtig!)

Daß keine Reform auf irgend einem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens möglich ist, wenn nicht dem betreffenden Gesetze vier Vertretungskörper, und zwar die beiden Häuser des Reichsrathes auf dieser, die Deputirten- und Magnatentafel auf der anderen Seite diesem ihre Zustimmung gegeben haben. (Rufe: Sehr richtig! So ist es!) Das ist ein Novum, welches in der Geschichte der wirthschaftlichen Entwicklung eines Volkes noch gar nicht da war. Wir wissen, daß das Zweikammersystem schon an sich sehr schwerfällig ist, weil es so überaus schwierig ist, eine Uebereinstimmung zwischen zwei Vertretungskörpern zu erzielen. Hier handelt es sich aber, zwischen vier Vertretungskörpern diese Uebereinstimmung zu erreichen und sogar auch in Worten. Wie man diesen Thatsachen gegenüber sagen kann, es liege keine Aenderung vor, ist mir unbegreiflich.

Nicht nur Besorgniß für die Bodenindustrie, die ich nicht theilen kann, weil ich schon leghin die Ansicht entwickelte, daß die Steuereinkünfte nicht schlechter werden könne, als sie bisher gewesen ist, ist der Grund, aus dem ich dem Vorredner entgegenstehe, sondern, daß es sich jetzt um ein Experiment handelt, bei dem es möglich ist, daß man in einzelnen Beziehungen jetzt noch nicht das ganz Richtige getroffen hat.

Es ist dies kein internationaler Vertrag über Zoll und Handel, sondern ein ganz eigenthümlicher Vertrag, wie er noch nicht dagewesen, und darin liegt der große Irrthum, der wichtige Interessen, nicht bloß die Bodenindustrie, gefährden kann.

Darum ist es im beiderseitigen Interesse wünschenswerth, daß schon vor dem Ablauf von neun Jahren die Möglichkeit von Verhandlungen behufs Abänderungen einzelner Bestimmungen offen gelassen werde, und wenn dies erzielt wird, so wird es wesentlich zur Beruhigung vieler geängstigter Gemüther dienen; darum glaube ich der Ansicht der Minorität unbedingt das Wort reden zu können, weil diese wirklich eine längere Dauer unter allen Verhältnissen in Aussicht stellt, und weil niemand denken wird, daß von dem Kündigungsrechte auch nach sechs Jahren würde Gebrauch gemacht werden. Aber

die Möglichkeit muß es geben, dem Rechte Unterhandlungen zu verlangen, irgendwie Nachdruck zu verschaffen. Daher glaube ich, daß, so sehr wir in allen Punkten unsere Nachgiebigkeit bewiesen haben, hier, wo es sich um einen Punkt handelt, der durchaus nicht einseitig in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des anderen Theiles gelegen ist, wir doch zeigen könnten, daß wir nicht in allem nachgeben müssen (lebhaft Zustimmung auf der Linken), daß wir nicht auf eine unbestimmte Zukunft hinaus für die Wahrung unserer Interessen sollten Sorge getragen haben.

Ich empfehle im Interesse unserer gesamten volkswirthschaftlichen Entwicklung den Antrag der Minorität auf das wärmste zur Annahme. (Beifall links.)

Abg. Wolfrum erwidert, er könne es als kein so großes Uebel betrachten, wenn volkswirthschaftliche Fragen von mehreren Körpern berathen und reiflich erwogen werden. Man habe gesehen, welche Folgen rasche Aenderungen in der indirecten Besteuerung haben. Wenn Abg. Herbst glaubt, daß hier ein Novum vorliege, so habe er offenbar auf den Zollverein vergessen, an diesem habe man ein lebendiges Beispiel dieses vorliegenden Handelsvertrages. Im Zollverein sind dreißig Vertretungskörper gewesen; ja wenn man die Oberhäupter dazu rechnet, sechsundsiebzig, welche die Bestimmungen desselben zu berathen hatten, und doch hat der Zollverein segensreiche Wirkungen gehabt. Bei volkswirthschaftlichen Fragen dürfe man durchaus nicht von der Ansicht ausgehen, man dürfe gerade nicht nachgeben. Wir haben da nachgegeben und jetzt sind wir am Ende, und sollen wir jetzt gerade an dem festhalten! (Große Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen.

Minister Freiherr v. Becke: Ich will nur die eine Bemerkung bezüglich des Art. XXII. machen, daß ich den Wunsch der ungarischen Regierung, diesfalls eine Aenderung an dem Beschlusse des Ausschusses heranzurufen, nicht befürwortet habe, weil ich in den Erörterungen, welche diesfalls im Ausschusse stattfanden, nicht gefunden habe, daß die Anträge der ungarischen Regierung, als ob sich in der Textirung der hier durch den Ausschuss festgestellten Bestimmungen Widersprüche ergeben würden, gerechtfertigt wären.

Bezüglich des Art. XXII, der Zeitfrage, hat die Regierung die 10 Jahre nicht auf den Wunsch des ungarischen Ministeriums aufgenommen, sondern nach ihrer Auffassung und Anschauung im Interesse dieser Reichshälfte, weil man bei der Negocirung des Zoll- und Handelsbündnisses von der Ansicht ausgegangen ist, daß eine Zwischenzolllinie vermieden werden müsse, daß die Einheit der Zollgebiete in beiden Theilen der Monarchie zu erhalten, eine der größten Aufgaben der gegenwärtigen Periode sei und weil es sich nach den Verhältnissen des Handels und des Verkehrs als selbstverständlich herausstellte, daß Handelsbündnisse auf solchen Gebieten auf einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden sollen.

Oesterreich theilt sich in zwei Theile, in ein Agrar- und in ein Industriegebiet und mehr oder weniger in ein Industriegebiet. Die Industrie kann unmöglich auf einen Absatzmarkt rechnen, von dem sie besorgen muß, daß er ihr in einigen Jahren wieder abgeschnitten wird.

Das war der Hauptgedanke, welcher das diesseitige Ministerium bei der Negocirung geleitet und auch bei Feststellung der Zeitdauer bestimmt hat, umso mehr, weil die Dauer von 10 Jahren der Bestimmung conform ist, welche bezüglich des Quotalverhältnisses besteht, nach welchem die 70 und 30 Percent auf 10 Jahre bestimmt sind.

Bei der Abstimmung über Artikel XXII werden Alinea 1 und Alinea 3 in der von der Majorität, Alinea 2 jedoch in der von der Minorität vorgeschlagenen Fassung angenommen.

(Für Alinea 2 des Minoritätsantrages stimmt die Linke, ein Theil des Centrums und die Slovenen. Dagegen Theile des Centrums, die ganze Rechte und die Tiroler.)

Hierauf werden der Titel, sowie der Eingang des Gesetzes (in der vom Finanzminister vorgeschlagenen Form) angenommen, sowie auch das Gesetz sofort in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Präsident: Se. Excellenz der Herr Reichskanzler hat das Wort.

(Die Abgeordneten verlassen ihre Plätze und gruppiren sich um den Ministertisch.)

Reichskanzler Ministerpräsident Freiherr v. Beust: Im Verfolge der vom hohen Hause zuletzt gefaßten Beschlüsse wird das Ministerium voraussichtlich nach Verlauf einiger Tage in der erfreulichen Lage sein, eine Reihe der wichtigsten Gesetze der allh. Sanction zu unterbreiten. Inmitten hat dasselbe aber der Erwägung Raum geben müssen, daß, sollten nicht weiter sehr dringliche Beschlüsse des hohen Hauses aufgehalten und auf längere Zeit hinausgeschoben werden, es sich nothwendig macht, daß die Verfassungsgesetze, sobald sie zur Sanction gelangen, auch alsbald ausnahmsweise in Wirksamkeit treten. Zu diesem Behufe hat die Regierung es für nothwendig erachtet, die Zustimmung des hohen Hauses durch Vorlage eines Gesetzentwurfes einzuholen, und diesen Gesetzentwurf erlaube ich mir heute im hohen Hause einzubringen. (Reichskanzler Freiherr von Beust übergibt dem Präsidenten die bezügliche Vorlage.)



**Präsident:** Der Gesetzentwurf lautet folgendermaßen: Die nachbenannten, durch das Reichsgesetzblatt unter den Nummern . . . kundgemachten Gesetze vom . . . December 1867, als: das Gesetz, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, das Staatsgrundgesetz über die Einsetzung eines Reichsgerichtes, das Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt, das Staatsgrundgesetz über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, endlich das Gesetz, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten, und die Art ihrer Behandlung haben mit dem Tage in Wirksamkeit zu treten, an welchem das vorliegende Gesetz im Reichsgesetzblatte eingerückt erscheint.

Der Antrag des Freiherrn v. Pratobervera, das Gesetz als dringlich zu behandeln und dem Verfassungsausschusse zur schleunigen Vorberathung und Berichterstattung zuzuwenden, wird angenommen.

Als nächster Sitzungstag wird Dienstag den 17. d. anberaumt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

## Oesterreich.

**Wien, 14. December.** Der „A. N. Ztg.“ wird geschrieben: Graf Crivelli ist nicht, wie die Blätter melden, schon abgereist, aber seine Reise ist auf übermorgen (Montag) angesetzt, und nachdem eine Zeitlang die Entschliessungen augenscheinlich stark geschwankt haben, steht es jetzt fest, daß er — und kein Specialgesandter — die Concordatsverhandlungen zu führen bestimmt ist, und daß er die umfassendsten Instructionen mitnimmt, um sie sofort und mit aller Energie führen zu können. Ich glaube diese Mittheilung als authentisch bezeichnen zu dürfen.

— 16. Dec. (Dementi.) Die „Br. Abdpst.“ schreibt: Es ist zwar schon mehrfach die gegen den Generalconsul v. Lenk in Belgrad in einer Belgrader Corr. der „Allg. Ztg.“ ausgesprochene ehrenrührige Beschuldigung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und eines incorrecten Vorganges bei der k. k. Post in Belgrad als gänzlich unbegründet widerlegt worden. Die genauesten hierüber angelangten Recherchen setzen uns in den Stand, zu erklären, daß diese Beschuldigung eine durchaus unwahre und muthmaßlich aus unläuterer Quelle herrührende war. Wenn irgend eine Erklärung für dieselbe gesucht werden wollte, so könnte sie nur etwa darin gefunden werden, daß der gedachte Herr Functionär schon im October d. J. aus Anlaß wahrgenommener Unregelmäßigkeiten die Consulatspostexpedition in Belgrad zur strengeren Einhaltung der Amtsstunden und mehr Genauigkeit in der Manipulation aufgefordert hat, und daß ein Beamter der Wiener Postdirection sich ungefähr 14 Tage in Belgrad aufgehalten hatte, um das dortige Postamt zu inspiciiren und gegen die Beamten desselben eine Untersuchung wegen unmordentlicher Amtsgebarung abzuführen.

**Wien, 16. December.** (In der gestern Abends stattgefundenen Conferenz) wurden im Gesetzentwurf bezüglich des Handelsbündnisses einige Aenderungen beschloffen. Die Regierung wird vom Landtag eine auf weitere drei Monate gültige Ermächtigung zur Einhebung der Steuern verlangen und einen Gesetzentwurf bezüglich der Steuerrestitution beim Branntwein- und Zuckerelexport vorlegen.

**Ugram, 16. Decbr.** (Die Unionspartei.) Seit gestern Nachmittags wehen hier Nationalfahnen mit der Aufschrift: „Es lebe die Union mit Ungarn!“ Die Unionspartei erhält fortwährend Zuwachs nach Hunderten.

**Moveredo, 6. December.** (Petardenexplosion.) Dem „Tiroler Boten“ schreibt man: Nicht nur in Trient, sondern auch hier hat die Schwefelbände ihre Action wieder begonnen. Gestern um 7½ Uhr plakte eine Petarde, welche an eine Glasfensterthüre des hiesigen von k. k. Officieren, Beamten, aber auch von Italienern selbst zahlreich besuchten Café Tolomei gelegt worden war. Laut Mittheilung eines Augenzugen zersprangen vier große Glascheiben in tausend Scherben und erschollen im Locale selbst fast alle Lichter; von den zahlreich anwesenden Gästen aber wurde keiner verletzt, da sich beim Plagen der Petarde zum guten Glück niemand nahe bei der Thüre befand. Die Thäter mochten sich allerdings eine bessere blutige Wirkung versprochen haben. Der Vorfall beweist augenfällig, daß es sich hierbei nicht mehr um Spielereien muthwilliger Buben, sondern um wohlgeplante Schurkenstreiche handelt. Es liegt sehr nahe, daß dieselben auf Veranlassung des Comitato nazionale del Trentino durch bezahlte Handlanger in Scene gesetzt werden.

## Rusland.

**Florenz, 15. December.** (In der heutigen Cammersitzung) verteidigte Gambi das Ministerium und das Parlament gegen die Anklage unvorsichtiger Reducirung der Militärmacht; der frühere Kriegsminister Revel behauptet, die italienischen Truppen bewachten sorgsam die Grenzen, daß man Garibaldi keine Waffen gab, daß die Regierung niemals den Gedanken hatte, Frankreich zu bekriegen. Die Anklage, die Armee

werde desorganisirt, sei unbegründet, die Armee war disciplinirt, von Selbstverleugnung befeelt, Italien behauptet sich weise, nicht anarchisch, revolutionär. Menabrea bestätigt die Kriegsfähigkeit der Armee. Der Kriegsminister behauptet, die Armee wurde nicht gedemüthigt, ihre Haltung war würdig, sie widerstand den Verführungen. Crispi behauptet, die Septemberconvention sei eine ausdrückliche Verzichtleistung auf Rom.

**Brüssel. (Ministerkrisis.)** Der Ursprung der Krisis scheint die Antwerpener Fortificationsfrage zu sein. Alle competenten Strategen sind, scheint es, über die Nothwendigkeit einig, das linke Scheldeufer sei ebenfalls zu befestigen, damit besagte Festung nicht mehr an der Kehle offen und vor einem Handstreich gesichert sei. Um dies zu bewerkstelligen, müßte daher die Linie des Forts auf dem rechten Scheldeufer auch auf dem linken Ufer fortgesetzt werden, was natürlich mit neuen und großen Kosten verbunden sein würde. Da nun der Finanzminister seinerzeit wiederholt und feierlichst bei den verschiedenen Debatten, welche der Bewilligung von ungefähr 80 Millionen für die Antwerpener Fortifikationen vorausgingen, sein Wort verpfändet, daß er keine neuen Creditforderungen dieser Natur mehr zu machen hätte, so weigert er sich, auf die Propositionen des Kriegsdepartements einzugehen.

— (Die Luxemburger Frage) dürfte, allem Anscheine nach, noch ein Nachspiel erhalten, welches sich aber nur auf die Regierungen von Holland und Luxemburg bezieht. Das holländische Cabinet reclamirt von Luxemburg eine Summe von ungefähr sieben Millionen Gulden, welche, wie man im Haag behauptet, Holland noch von der Theilung der holländisch-belgischen Schuld zu gute kommen. Der Luxemburger Ministerchef behauptet dagegen, daß, gerade entgegengesetzt, Holland noch an das Großherzogthum Geld schuldet, und er will, sofern man ihn dazu zwingt, die Frage selbst vor das Forum der Mächte bringen, welche den letzten Londoner Vertrag unterzeichnet. Ein Vorschlag seitens Luxemburgs, die Streitfrage dem Witterspruch einer auswärtigen Macht zu unterbreiten, ist von der holländischen Regierung nicht angenommen worden. Die Geschichte dürfte Lärm machen. Das holländische Cabinet zählte so fest auf diese Summe, daß dieselbe im diesseitigen Budget bereits figurirt.

## Tagesneuigkeiten.

— (Das österr. Schulwesen auf der Pariser Ausstellung.) Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht einen allerunterthänigsten Vortrag des Leiters des Ministeriums für Cultus und Unterricht, Herrn v. Dyr, an Se. Majestät den Kaiser. Der Herr Minister bemerkt in seinem Vortrage, daß zwar das Pariser Programm ein weit beschränkteres Feld als jenes von London im Jahre 1862 gerade für den Unterricht darbot, indem diesmal das ganze Gewicht auf die Bildung des Arbeiterstandes gelegt, sonach lediglich zu zeigen war, was für das materielle, sittliche und geistige Wohl dieses Standes durch die Schule geleistet werden könne, gleichwohl habe Oesterreich in diesen engen Grenzen eine würdige Stellung eingenommen. Diese österreichische Collectivunterrichtsausstellung, zu der insbesondere Böhmen sehr ausgiebige und werthvolle Beiträge lieferte, fand denn auch hohe Anerkennung und die internationale Jury verlieh dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht zwei erste Preise (goldene Medaillen) — die eine für das Unterrichtsministerium Oesterreichs im allgemeinen, die andere speciell für die Realschulen Oesterreichs. Ist auch, fährt der Bericht fort, eine Ausstellung von Unterrichtsgegenständen an und für sich nicht geeignet, ein treues Bild der wirklichen Schulzustände eines großen Reiches zu geben, so hat Oesterreich doch vom Auslande das Zeugnis erhalten, daß seine Volks-, Real- und Gewerbeschulen, trotz der großen Verschiedenheit der Sprache und der Cultur seiner Volksstämme, in ihren Einrichtungen, Lehrbehelfen und Unterrichtserfolgen den Bedürfnissen der arbeitenden Classe weit besser entsprechen, als man es selbst im Inlande zu hören so häufig gewohnt ist. Diese Schulen — so sehr sie auch reformbedürftig erscheinen — sind dennoch in der That besser, und in mehreren Königreichen und Ländern sogar weit besser, als es eine weit verbreitete Meinung gewöhnlich behauptet. Deshalb und durch das Zeugnis des Auslandes geehrt, dürfen sie auch an den Worten erhebender Anerkennung, welche Sr. Majestät in Paris gesprochen: „Ich bin stolz auf Oesterreich,“ theilhaftig Theil nehmen. Denn galten auch diese Worte zunächst den großartigen und prachtvollen Erzeugnissen unseres Bodens und unserer Industrie, so liegt doch die Folgerung ganz nahe, daß jene verständigen Landwirthe, jene scharfsinnigen und kunstgeübten Gewerbsmeister und Fabricanten, jene geschickten und unermüdblichen Arbeiter, welche den Boden bestellten und die mannigfachen Kunst- und Gewerbsgegenstände anfertigten, ihre Erziehung und Bildung mit nur vereinzelten Ausnahmen in unseren vaterländischen Unterrichtsanstalten und nach diesen in den praktischen Schulen der Arbeit erhalten haben. Nichtsdestoweniger werde das stete Augenmerk des Ministeriums auf die Fortentwicklung des Schulwesens gerichtet sein, da es auf diesem Gebiete keinen Stillstand gebe, und da insbesondere die Hebung und stätig fortschreitende Ausbildung unseres Volksschulwesens zum Zwecke einer umfassenderen und vollständigeren Volks-erziehung und Volksbildung in unserem Vaterlande eine der gebieterischsten und unabwieslichsten Pflichtforderungen der Gesellschaft sei.

— (Das authentische Programm für den Empfang und die Ueberführung der irdischen Ueberreste weiland Sr. Majestät des Kaisers Maximilian) wird von der „Trierer Ztg.“ veröffentlicht: Darnach vereinigen sich die Schiffe der Escadre bei Punta d'Ostro mit der „Novara“ und begleiten dieselbe bis Triest. Sämmtliche Geleitschiffe haben außerbords schwarz bemalt zu sein, und die Flagge mit dem Flor ist halbtopp zu hissen. Alle Küstenbatterien, Forts und Festungen, sowie k. k. Schiffe, an welchen der kaiserliche Leichenzug bei Tag passirt, hissen die Flaggen halbtopp und geben die Todtensalve von 21 Schuß. Das gleiche haben die Schiffe der Escadre zu beobachten, wenn sie sich mit der „Novara“ vereinigen. In Triest vor Anker angelangt, wird der Sarg auf ein eigens hiezu hergerichteter Boot gebracht. Ein Boot unter Führung eines See-Staffsofficiers hat vorzufahren und dem Leichenzuge den Weg zum Landungsplatze anzugeben. Dem Boote, auf welchem sich der Leichnam befindet, folgen die Boote der auf der Rhede vor Anker liegenden k. k. Schiffe mit Viceadmiral Tegetthoff, seiner Begleitung, dem Escadre-Staffe und den zur Escadre gehörigen Officieren. Sobald der Leichenzug sich in Bewegung setzt, geben sämmtliche k. k. Schiffe, sowie die Landbatterien die Todtensalven von 21 Schuß. Das Boot, auf welchem sich der Leichnam befindet, wird von einem oder mehreren Booten, je nachdem es nothwendig ist, geschleppt; die Führung dieser Boote wird einem See-Officier übertragen. Das Steuer des Bootes mit dem allerhöchsten Leichnam fährt ein See-Staffsofficer, die halbtopp gebaute kaiserliche Standarte fährt ein See-Cadet. Auf jeder Seite des Sarges stehen je 4 Schiffsleutnants als Ehrenwache. Sollte sich der österreichische Lloyd und die Handelsmarine an dem Leichenzuge betheiligen wollen, so ist dies zu gestatten und haben sich die Vertreter derselben mit dem See-Bezirks-Commando ins Einvernehmen zu setzen. Am eigens zu bestimmenden und entsprechend hergerichteten Landungsplatze haben die Militär- und Civilbehörden, sowie die Garnison von Triest den Leichnam feierlich zu empfangen und von dort auf den Bahnhof zu begleiten. Der allerhöchste Separat-Leichenzug wird von Triest aus durch den Viceadmiral Tegetthoff und eine Deputation der Kriegsmarine aller Chargen-Grade, ein Detachement des Matrosen-Corps und des Marine-Infanterie-Regiments bis Wien begleitet, woselbst dieselben bis zur erfolgten Beisetzung verbleiben. Auf dem Wege von Triest nach Wien findet auf den Stationen, welche der Hofstrauenzug passirt, keine Empfangsfeierlichkeit statt.

— (Das Pariser Bureau) des k. k. Centralcomité's für die Pariser Ausstellung ist seit 15. d. M. geschlossen. Alle Zuschriften, welche das Ausstellungsgeheimnis betreffen, müssen von nun an an das k. k. Centralcomité für die Pariser Ausstellung in Wien am Ballplatz Nr. 3, Landesgerichtsgebäude im 3. Stod., gerichtet werden.

— (Eine seltene Naturscheinung.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hat in der Umgebung von Retawinkel ein Gewitter stattgefunden. Zahlreiche Blitze kreuzten sich am Firmament, der Donner rollte, große Schlossen fielen in dichten Massen, der Sturm heulte dabei recht unheimlich; das ganze Bild machte einen wildromantischen Eindruck. Während dieses winterliche Gewitters sich entlud, zeigte der Thermometer 5 Grad Wärme. Zwei Tage vorher hatte man in Retawinkel 19 Grad Kälte.

— (Die Explosion in London.) Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, versuchten die Jenier am 13. d. die Mauer des Gefangenhauses zu Clerkenwell in die Luft zu sprengen, um die zwei gefangenen Jenier Burke und Casey zu befreien. Ihre Absicht haben sie wohl nicht erreicht, obgleich durch die Explosion eine Bresche von 60 Fuß (englisch) in die Mauer gerissen wurde; aber mehr als 40 unschuldige Personen, Männer, Frauen und Kinder, sind ein Opfer dieses Attentates geworden. Ein Mann ist allsogleich auf dem Platze, zwei andere sind seither gestorben und ein vierter dürfte die Nacht vom 14. nicht überlebt haben. Sechshundertfünfzig Personen wurden in das Bartholomäus-Spital gebracht, von welchen drei noch im Verlaufe des Abends verstarben, sechs Personen wurden in das Royal Free Hospital geschafft. Von manchen Familien sind drei bis vier Glieder verwundet. Andere werden vermisst. Die Explosion fand um 4 Uhr Nachmittags, also noch bei lichter Tage, statt. In der unmittelbaren Nähe des Gefängnisses stürzten die Häuser zusammen, die Fenster und Thüren flogen umher. Der Schall wurde meilenweit vernommen. Die Fenster des Gefängnisses, sämmtlich vom dicksten Glase, zersprangen. Ein kleiner Knabe, welcher, leicht verwundet, im Spital liegt, sagt aus, daß er etwa um ¾ 4 Uhr gesehen habe, wie ein Mann sich von einem dicken an der Gefängnißmauer stehenden Fasse entfernte. Derselbe sei kurz darauf mit zwei langen Lanten zurückgekehrt. Eine davon gab er den Knaben, welche in der Nähe spielten, die andere steckte er in das Fäß. Ein Knabe, welcher eine Cigarre rauchte, reichte ihm Feuer. Der Mann zündete die Lunte an, und als dieselbe zu glimmen begann, rannte er davon, ihm nach ein Constabler. Als der Constabler gerade das Haus Nr. 4 erreicht hatte, „ging das Ding los.“ Mehr weiß der Knabe nicht, doch glaubt er, daß er den Mann, welcher wie ein Gentleman gekleidet war, wieder erkennen würde. Das Fäß war schwarz und mit einem weißen Tuche bedeckt, welches der Mann theilweise aufdeckte, um die Lunte hineinzustechen. Drei Kinder spielten in der unmittelbaren Nähe des Fasses, und im Hofe befanden sich mehrere Frauen und Männer, von welchen einige sich der Verfolgung des Attentäters angeschlossen.



